



„Es gibt etliche Möglichkeiten auf Landesebene, um die angespannte Situation am Bau zu entschärfen. Gerade jetzt ist es an der Zeit, an den verfügbaren Schrauben zu drehen und diese Chancen wahrzunehmen. Wir fordern schnellere und digitalisierte Verfahren, eine Anhebung der Wohnbauförderung im sozialen Wohnbau sowie variable Kosten in Verträgen.“



Anton Rieder
Landesinnungsmeister

Foto: Ch. Ascher

Bauwirtschaft fordert politische Maßnahmen

Die explodierenden Kosten stellen die Baubranche aktuell vor große Herausforderungen. Um den Wirtschaftsmotor „Bau“ auch im kommenden Jahr am Laufen zu halten, appelliert die Landesinnung an die künftige Tiroler Koalition.



Die Landesinnung Bau Tirol fordert Unterstützung seitens der Politik, um den Wirtschaftsmotor „Bau“ nicht abzuwürgen.
Foto: Adobe Stock/Lightfield Studios

Steigende Material-, Lohn- und Energiekosten erschweren die Situation am Bau zunehmend und lassen die Bauwirtschaft immer mehr unter Druck geraten. Während vergangene Krisen bis dato gut weggesteckt werden konnten und sich die Auftragslage zurzeit noch positiv präsentiert, bereitet insbesondere der Blick auf das nächste Jahr Sorgen, wie Landesinnungsmeister Anton Rieder schildert: „So wie es derzeit aussieht, steht uns ein herausforderndes Jahr 2023 bevor.“ Sowohl im Privatbereich als auch im Gewerbe- und Industriebau würde sich eine konjunkturelle Abkühlung anbahnen, vor allem aber würden die massiven Preissteigerungen den sozialen Wohnbau an seine Grenzen bringen.

Damit die Bautätigkeit im Land gesichert bleibt und man negative Auswirkungen auf Einzelpersonen und Unternehmen möglichst vermeidet, müsse man jetzt

handeln. Die Landesinnung Bau Tirol sieht die politischen Akteure unter Zugzwang und fordert Maßnahmen, die der drastischen Entwicklung entgegenwirken.

Forderungen an politische Entscheidungsträger

Einerseits macht sich die Landesinnung bereits seit Jahren für die Einführung einer digitalen Baueinreichung stark. „Durch die Digitalisierung können Projekte schneller und somit auch kostengünstiger umgesetzt werden. Entsprechende Software-Projekte gibt es bereits. Jetzt geht es darum, die Abwicklung in der Praxis zu testen“, erklärt Rieder.

Viele Aufträge im sozialen Wohnbau stehen derzeit in der Warteschleife. „Die exorbitant gestiegenen Kosten können weder in der Wohnbauförderung untergebracht werden noch zu leistbarem Wohnraum führen“, lautet der aktuelle Befund des Landesinnungsmeisters. Der

vorgegebene Kostendeckel wurde zwar angehoben, aber dieses Entgegenkommen des Landes wird laut Rieder nicht ausreichen, um baureife Projekte in die Tat umzusetzen.

„Wir fordern eine Anhebung der Wohnbauförderung um zusätzliche 15 Prozent, damit sämtliche soziale Wohnbauten sofort auf Schiene gebracht werden können“, so Rieder. Außerdem brauche es dringend Verträge mit variablen Preisen. Nur durch ein Umdenken im Bereich von Festpreisregelungen kann garantiert werden, dass die Bauunternehmer nicht allein auf den Mehrkosten sitzen bleiben. „Bei den Bauverträgen mit fixierten Festpreisen muss die durch höhere Gewalt ausgelöste Krisensituation zu einer Vertragsanpassung auf Basis einer indexbasierten Vergütung führen“, erklärt Rieder weiter.

Diese Serie entsteht in Kooperation mit der Landesinnung Bau Tirol